

Positionsbestimmung zum Thema Oberschule

Beschluss am 8. März 2011

1. Allein in Hannover gibt es 8 verschiedene Schulformen (Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen, Haupt- und Realschulen, Gymnasien, Integrierte Gesamtschulen, Förderschulen, Schulen mit besonderem pädagogischem Profil). Zählt man die engeren Umlandangebote mit kommen noch die Kooperativen Gesamtschulen hinzu (z.B. Sehnde, Hemmingen, Pattensen, Ronnenberg). Weitere Angebote sind die Berufsbildenden Schulen, die in der Verantwortung der Region Hannover liegen.
2. Der gut ausgebaute ÖPNV in der Region Hannover bietet heute schon jeder Schülerin und jedem Schüler die Möglichkeit der freien Schulwahl. Dabei stellt sich immer wieder heraus, dass immer häufiger nur Schulformen ausgewählt werden, die sämtliche Bildungsabschlüsse anbieten, also vom Hauptschulabschluss bis zum Abitur. Das kann die Oberschule, die nicht mit einer Oberstufe ausgestattet werden darf, im Gegensatz zu Gesamtschulen und Gymnasien nicht leisten. Damit wird nach Klasse 10 für alle Schülerinnen und Schüler, die das Abitur erreichen wollen, ein erneuter Schulwechsel notwendig. Langfristig wird sich in Deutschland - und damit auch in Niedersachsen - ein Zwei-Wege-Modell aus Integrierter Gesamtschule/Sekundarschule und Gymnasium durchsetzen. Als weitere Schulform des gegliederten Schulwesens ist die Oberschule in Hannover überflüssig.
3. In Hannover herrscht eine große Nachfrage nach Integrierten Gesamtschulplätzen. Trotz Einrichtung von drei weiteren Gesamtschulen seit 2008 fehlen jedes Jahr über 200 Plätze. Der Elternwille bezüglich des IGS ist nachgewiesen. Der Bedarf an Oberschulen und ein möglicher Elternwille sind völlig offen.
4. Die Ablehnung der Oberschule ist sehr breit: von der GEW über den Landeselternrat, den Landeschülerrat bis hin zum Stadtelternrat. Alle Beteiligten haben erkannt, dass im Vergleich mit der IGS diese Schulform keine ernsthafte Alternative darstellt. Von allen Beteiligten wird stattdessen die Abschaffung der Hürde der 5-Zügigkeit bei Gesamtschulen gefordert. Nur mit diesem Schritt kann ein echter Wettbewerb hergestellt werden.
5. Die angedachte Form der Oberschule mit einem Mix aus vornehmlich kooperativer und partiell integrierter Beschulung kann die Anforderung an eine durchlässige Schulform nicht erfüllen. Schon gar nicht, wenn die Oberschule mit einem

Gymnasialzweig errichtet wird. Eine weitere oft angeführte Begründung für die Einrichtung von Oberschulen stellt sich damit als unzutreffend heraus.

6. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Einführung der Oberschule sind derzeit völlig offen. Zwar gibt es seitens der sie unterstützenden Parteien der niedersächsischen Landesregierung jede Menge wohlklingender Ankündigungen und Versprechungen (Sozialarbeiter, teilgebundener Ganztags, Senkung der Schülerfrequenzen pro Klasse), deren Umsetzung ist jedoch vor dem Hintergrund bereits beschlossener gewaltiger Einsparungsquoten im Kultusetat stark zu bezweifeln. Die Umsetzung der Gesetzgebung wird dadurch erschwert, dass der Gesetzgebungs- und Beratungsdienst des Niedersächsischen Landtages erhebliche Bedenken gegen den Beschluss des Gesetzesvorhaben vorbringen kann, die sich in einer extremen Ungleichbehandlung von Schulformen begründet.
7. Der Begriff der Oberschule ist bei vielen älteren Menschen noch mit einer Schulform verbunden, deren Ansprüche die nun gewählte Form als kooperative Haupt- und Realschule nicht erfüllen kann. Wegen der von der Landesregierung zu verantwortenden Begriffsverwirrung wird es vermutlich zu vielen Fehleinschätzungen durch Eltern bei der Qualität der Oberschule kommen. Die Folge werden häufiger Schulwechsel, Frustration und Brüche in Bildungsbiografien sein. Dieser Etikettenschwindel ist ein weiterer Grund für das voraussichtliche Scheitern dieser Schulform. Wir wollen dieses Schicksal den hannoverschen Schülerinnen und Schülern und ihren Eltern ersparen.

Fazit: Eine Oberschule löst keine Probleme! Vielmehr verschärft sie als zusätzliches Angebot des gegliederten Schulwesens den Übergang in ein durchlässiges Schulsystem.

Die SPD-Ratsfraktion fordert für Hannover stattdessen die Rücknahme der Hürden für die Einrichtung von Integrierten Gesamtschulen, die Rechtsstellung aller Schulformen als Regelschule und die Genehmigung der Integrierten Gesamtschulen als gebundene Ganztagschulen. Nur durch Anerkennung der Gesamtschulen als gleichberechtigte Säule des Schulsystems ist ein Schulkonsens denkbar.